

Pressedienst

Ehrlichkeit und Verlässlichkeit statt Schnellschüsse und Hintertürchen!



(04.01.2021) „Für das neue Jahr hat der VBE Hessen vor allem einen Wunsch: mehr Ehrlichkeit und verlässliche Aussagen von Seiten der Politik!“, sagt Stefan Wesselmann, der Landesvorsitzende des Verbands Bildung und Erziehung (VBE) Hessen, mit Blick auf die Bund-Länder-Beratungen zum Schulbetrieb nach den Winterferien.

Denn der Umgang mit Corona an Schulen hat stark an den Nerven von Schulleitungen und Lehrkräften gezerrt und die Politik einiges an Glaubwürdigkeit gekostet. So erinnert Wesselmann daran, dass die Länder sich Ende November auf Maskenpflicht und geteilte Klassen ab einem Inzidenzwert ab 200 geeinigt hatten, während das Robert-Koch-Institut solche Maßnahmen schon ab dem Wert 50 empfohlen hatte. „Wenn dann immer noch ein Hintertürchen für individuelle Entscheidungen und Ausnahmen offen ist, ist das nur sehr schwer nachvollziehbar und erweckt den Eindruck von Beliebigkeit“, kommentiert der VBE-Landesvorsitzende.

Wechselmodell als einzig gangbarer Weg

Dem VBE Hessen ist bewusst, dass es einen schwierigen Spagat zwischen Bildungsgerechtigkeit und Gesundheitsschutz für alle Personen in der Schule zu meistern gibt. Wenn man aber am Präsenzunterricht festhalten, gleichzeitig Kontakte reduzieren und Abstände garantieren möchte und dabei noch den Raummangel an Schulen berücksichtigen muss, ist bei einer hohen Inzidenz aus VBE-Sicht eigentlich nur ein Weg gangbar: „Dann führt am Wechselmodell kein Weg vorbei.“

Verlässliche Aussagen statt Aktionismus

Der VBE Hessen appelliert daher an die Politiker/innen, die am Montag beraten, vorausschauende Entscheidungen zu treffen und nicht den Aktionismus der vergangenen Monate fortzusetzen. „Die Schulen brauchen klare und verlässliche Aussagen, um den Schulbetrieb planen zu können“, sagt der VBE-Landesvorsitzende.

Die Ausrede, dass das Infektionsgeschehen eben nicht planbar sei, lässt Wesselmann nicht mehr gelten: „Wir leben nun schon fast ein Jahr mit der Pandemie und haben einige Erkenntnisse über das Infektionsgeschehen gewonnen. Grund für viele Schnellschüsse scheinen oft eher Politiker zu sein, die meinen, sich vor den Wählern profilieren zu müssen. Der Handlungsdruck auf die hessische Landesregierung wird so oftmals weniger von der Pandemie bestimmt, als von den politischen Entscheidungen in anderen Ländern.“

Längere Ferien nicht sinnvoll

Eine Verlängerung der Ferien ist aus Sicht des VBE Hessen keine Option:

Zum einen verlieren die Schüler/innen dann eine weitere Woche Unterricht, denn Lernen in den Ferien ist nur freiwilliger Basis vorgesehen. Zum anderen wird sich die Pandemie-Lage ein oder zwei Wochen später nicht so weit verändert bzw. entspannt haben, dass die Schulen mit sicherem Gefühl den Präsenzunterricht fortführen könnten.